Nach der Schlacht wird verhandelt

Das Buch «Vom Krieg zum Frieden» ist nicht dem Schlachtengetöse des 14. und 15. Jahrhunderts gewidmet, sondern den leisen Zwischentönen der Diplomatie. Bei den Verhandlungen war auch Adrian von Bubenberg an vorderster Front anzutreffen.

Simon Wälti

Darüber, wie die alten Eidgenossen Krieg führten, ist vieles bekannt: hauen, stechen, Beute machen. Schlachten wie diejenigen bei Laupen, Grandson oder Murten haften im kollektiven Gedächtnis. Die Kämpfer mit dem Schweizer Kreuz waren für ihre Rücksichtslosigkeit berüchtigt. Die Hellebarden, mit denen sie die Ritter von ihren Pferden rissen und deren Rüstungen knackten, sind in zahlreichen Museen zu besichtigen. Eher weniger beschäftigte bisher die Frage, was jeweils nachher, also nach den Schlachten, geschah. «Wie kehrte nach dem gewaltsamen Konflikt wieder Frieden ein? Wie gelang der Übergang von der Konfrontation zur Verhandlung und zum friedlichen Dialog?» Diese Fragen stellt Professor André Holenstein in der Einleitung zum Buch «Vom Krieg zum Frieden. Eidgenössische Politik im Spätmittelalter und das Wirken der Bubenberg».

Mehrere Vertreter des berühmten Berner Geschlechts taten sich nicht nur als Militärführer, sondern auch als Politiker und Diplomaten hervor. Das Buch, das die Ergebnisse der Spiezer Tagung 2011 zusammenfasst, beleuchtet diese Aspekte.

Egoistische Bundesgenossen

Bern habe in der Zeit zwischen 1436 und 1450 nicht einfach eine eidgenössische Politik betrieben, sondern die Beziehungen zu den übrigen Orten seien immer von rein bernischen Zielen und Interessen geprägt und überlagert gewesen, heisst es im Buch. Heinrich von Bubenberg, der Vater von Adrian von Bubenberg, war 1450 Obmann des Schiedsgerichts in Einsiedeln, wo es vor allem um den Streit zwischen Zürich und Schwyz ging, aber auch um die Frage, ob das Bündnis, das Zürich mit Österreich eingegangen war, als rechtmässig anzusehen war oder nicht. Bubenberg entschied in dem Sinne, dass die Bündnisfreiheit einzelner Orte beschränkt sei und sich dem Gesamtwillen der Eidgenossenschaft unterordnen müsse. Mit diesem Schiedsspruch wurde das Bündnis der Eidgenossenschaft verpflichtender und verbindlicher.

Zürich stand mit seiner eigenständigen Bündnispolitik nicht alleine, auch Bern ging, wo es ihm günstig erschien, Verträge und Bündnisse ein, ohne bei der Eidgenossenschaft Rücksprache zu nehmen. Die Orte suchten ihren persönlichen Vorteil. Auch vor Waffengewalt schreckte man nicht zurück.

Bubenberg war gegen den Krieg

1474 reisten Adrian von Bubenberg und Wilhelm von Diesbach als Gesandte an den französischen Hof. Da knieten die sonst so unbeugsamen Eidgenossen sogar vor König Ludwig XI., wie in der amtlichen Berner Chronik von Diebold Schilling zu sehen ist. Thema ist ein Bündnisvertrag mit Frankreich. Ludwig trat auch als Vermittler mit dem Habsburger Sigismund von Österreich auf. Wilhelm war wie sein Cousin Niklaus Verfechter einer Kriegspolitik gegen Burgund und wollte sich zu diesem Zweck mit Frankreich und Habsburg verständigen.

Im August 1476, wenige Wochen nach der Schlacht von Murten, begannen in Freiburg erste Friedensverhandlungen. Zu den Delegierten Berns gehörte neben Schultheiss Petermann von Wabern auch Adrian von Bubenberg. Bubenberg war gegen einen Krieg mit Burgund gewesen und deshalb aus dem Kleinen Rat ausgeschlossen worden. Trotzdem wurde ihm nach der Schlacht von Grandson, als sich Karl der Kühne und die Burgunder in der Waadt neu gruppierten und zum Sturm auf Bern rüsteten, die Verteidigung von Murten übertragen.

Adrian von Bubenberg und Wilhelm von Diesbach knien mit weiteren eidgenössischen Gesandten vor dem französischen König. Bild: Schilling-Chronik (Burgerbibliothek)

Bei den Verhandlungen gelang es, einen Frieden zwischen den Eidgenossen und dem Herzogtum Savoyen zu vermitteln.

Schwieriger wurde es, als bei der Schlacht von Nancy (1477) Karl der Kühne das Leben liess. Nun ging es um ganz andere Einsätze: «Jetzt stand nicht mehr nur die Zukunft der savoyischen Waadt auf dem Spiel. Nun ging es um europäische Grossmachtpolitik. Das Verschwinden der burgundischen Dynastie schuf ein macht- und sicherheitspolitisches Vakuum.» Habsburg und Frankreich begannen sich um die Besitztümer zu streiten. Die Eidgenossenschaft vermochte die militärischen Siege nicht in Gebietsgewinne umzumünzen. Die Orte seien bald nach den Erfolgen «diplomatisch handlungsunfähig» geworden, schreibt Holenstein. «Sie konnten sich nicht darauf verständigen, in der Waadt und in der Freigrafschaft eigene territoriale Interessen zu verfolgen – hauptsächlich aus Furcht vor einer Stärkung der Macht Berns.»

Umstrittene Pensionen

Immerhin wollte man sich den Verzicht auf Gebietszuwachs in der Franche-Comté fürstlich bezahlen lassen und feilschte sowohl mit dem französischen König wie mit der habsburgischen Seite um das höchste Angebot. Das liebe Geld blieb auf der Traktandenliste: Wer in den Orten an den Schalthebeln der Macht sass, wollte nicht auf die reichen Pensionen verzichten, mit denen die europäischen Mächte für Söldner und politische Dienste zahlten. Die Pensionen wurden oft an den Tagsatzungen ausgerichtet. Verflechtungen und Abseitsstehen habe bis ins 19. Jahrhundert die Losung geheissen, so das Fazit. Man war durch das Geld zwar machtpolitisch verstrickt, verzichtete aber auf eine eigenständige Aussenpolitik.

«Vom Krieg zum Frieden. Eidgenössische Politik im Spätmittelalter und das Wirken der Bubenberg», Hg. von André Holenstein und Georg von Erlach, Verlag hier + jetzt, 39 Franken.

Anzeige